

Helmut Schmidt wird dagegen von Strauß als „wertneutrale Mehrzweckwaffe“ bezeichnet. Der Bundeskanzler „wäre unter Hitler oder Mussolini, Franco oder Salazar ebensoviel geworden und hätte mit Sicherheit auch alle Stalinschen Säuberungen überstanden“. Als Offizier im Kriege sei Schmidt sogar für würdig befunden, zum Publikum der Freislerschen Volksgerichtsprozesse abkommandiert zu werden. Auf die Frage, warum er denn nach dem Kriege der SPD beigetreten sei, habe Schmidt in einem Interview geäußert, nach dem Kameradschaftserlebnis im Krieg habe er bei den Sozialdemokraten mehr Solidarität erwartet.

Nicht gern geht Strauß offensichtlich auf das Thema Kanzlerkandidat der Union ein... Strauß (erinnert) an die Nominierung Barzels. Damals hätten CDU und CSU ein gemeinsames Papier erarbeitet, das eine „Magna Charta“ hätte sein sollen. Der Entwurf der bayrischen Union habe unter anderem die Feststellung enthalten, daß die — damals noch nicht ratifizierten — Verträge von Moskau und Warschau mit dem Grundgesetz unvereinbar seien.

Diesen Satz hätten Barzel sowie die CDU-Politiker Katzer und Weizsäcker ohne Einschränkung bejaht — allerdings darum gebeten, daß nichts darüber veröffentlicht werden solle, damit man sich „Scherereien“ erspare. „Aber“, so fährt Strauß fort, „fünf Monate später hatten sie alle ihr Gedächtnis verloren.“ Das sei nun von seiten der CSU zwar „verziehen, aber nicht vergessen“.

Dann noch ein Wort gegen die Mitbestimmung. Hier argwöhnt Strauß eine Politik der kleinen Schritte, eine „Salamitaktik“. So könne von der Linken die paritätische Mitbestimmung als Übergangslösung angesehen werden, um dann beispielsweise eine Zweidrittelmehrheit für die Arbeitnehmer zu fordern. In diesem Zusammenhang beklagte Strauß eine „erschreckende politische Kampfunfähigkeit der Unternehmer“. Er postuliert „bestimmte ordnungspolitische Grundsätze“, zu denen selbstverständlich auch Mitwirkung der Arbeitnehmer und Vermögensbildung in einem „vernünftigen Maß“ gehörten sowie die Garantie des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Diese Grundsätze seien bei der SPD und der FDP heute zum Teil „verschmutzt“.

Gastgeber Karl Eigen zieht seinen Jagdkalender aus der Tasche und bietet Strauß an, doch im Oktober in Ostholstein einen Damhirsch zu schießen... Der Gast, der auf die Süßspeise verzichtet und seinen Mokka ohne Sahne und Zucker nimmt, verspricht, auf dieses Angebot zurückzukommen...

SPARERSCHUTZ

Alle 40 Jahre

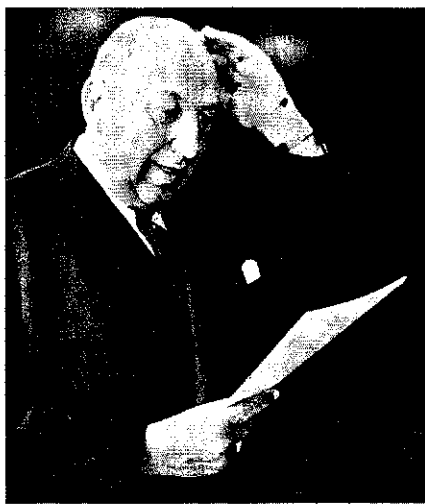
Rund 50 Millionen Mark wollen die Banken künftig alljährlich zurücklegen, um die Spareinlagen ihrer Kunden besser als bisher zu sichern.

Auf den ersten Blick sieht es so aus wie die gute Tat des Jahres. Westdeutschlands Bankiers wollen auf eigene Kosten die seit der Herstatt-Pleite mißtrauischen Sparer vor Verlusten schützen.

Am Donnerstag vergangener Woche vereinbarten Friedrich Wilhelm Christians, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, und sein Hauptgeschäftsführer Helmuth Cammann mit der Bonner Regierung den „besten Sparerenschutz auf dieser Welt“ (ein Sitzungsteilnehmer). Die neue Einlagensicherung, die von den Bonnern durch ein Sonderkonkursrecht für Banken und Steuerbegünstigungen mitgetragen und von Finanzminister Hans Apel am Dienstag dieser Woche bekanntgemacht werden soll, verspricht den deutschen Sparern tatsächlich einiges.

Als das Bankhaus Herstatt im Juni vergangenen Jahres zusammenkrachte, bekamen nur jene Sparer, die bis zu 20 000 Mark auf ihren Konten hatten, ihre gesamten Einlagen wieder — alle anderen büßten mehr als ein Drittel ihres Vermögens ein. Künftig soll ein Fonds, den die Bankiers durch Beiträge füttern wollen, im Falle eines Falles die Rückzahlung „praktisch sämtlicher Einlagen des breiten Publikums“ (der Hamburger Bankier Alwin Münchmeyer) garantieren.

Alle, die in der etwas anmaßenden Sprache der Bankiers „Nichtbanken“ heißen — Privatleute, Industrie-Unternehmen, Versicherungen, Kirchen und Kommunen —, sollen bei einem Bankkrach ihre Guthaben zu Lasten des Fonds abheben dürfen, soweit ihre Ein-



Pleite-Bankier Herstatt
Schwacher Trost für Betroffene



Bankenverbands-Präsident Christians
„Im Interesse breitesten Schichten“

lagen 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals der Bank nicht übersteigen. Selbst bei den kleinen privaten Kreditinstituten wären damit für jeden Einleger mehrere hunderttausend Mark geschützt. Wenn eine Bank überschuldet ist, werden nicht mehr wie bisher plötzlich die Schalter geschlossen. Der neue Fonds wird vielmehr an alle geschützten Gläubiger die Einlagen auszahlen.

Das Projekt, so hatte der Bankenvorstand an Finanzminister Hans Apel geschrieben, liege „im Interesse breiter Bevölkerungsschichten“.

Zunächst wollten die zuständigen Ministerien die Wohltat, die Apel jetzt mit einem Verzicht auf Besteuerung des Sicherheitsfonds unterstützen will, gar nicht so gern zulassen. Argwöhnisch hatten beispielsweise die Experten des Justizministers Hans-Jochen Vogel den Sparerenschutz analysiert und gewarnt, daß „der wichtigste Grundsatz unseres Zivilrechts, nach dem, wer Schäden verursacht, auch allein dafür haften muß, verletzt werden könnte“ (Vogels Ministerialdirektor Albrecht Krieger). Und die Wettbewerbshüter des Wirtschaftsministers Hans-Friedrich Mahnen, „Sicherheit und Konkurrenz sind feindliche Brüder“ (Friedrichs-Unterabteilungsleiter Wolfgang Kartte).

Um Rechts- und Wirtschaftsordnung bangten die Beamten wegen einiger verzwickter Details, die sich die Bankiers ausgedacht hatten. So wird der neue Einlagensicherungsfonds des Bankengewerbes von jedem seiner Mitglieder den gleichen Beitragssatz (0,3 Promille des Einlagenvolumens) erheben. „Das ist nicht risikogerecht“, mäkelte Vogels Wirtschaftsjurist Krieger, „da haben wir

schon gleich Bedenken geltend gemacht."

Die Bedenken haben Gewicht: Denn ohne die Drohung, bei allzu riskanten Geschäften entweder höhere Beiträge zahlen zu müssen oder gar aus dem Sicherungsfonds ausgestoßen zu werden, lassen, so vermutet der renommierte Saarbrücker Bankbetriebswirt Wolfgang Stützel, die Bankiers wahrscheinlich auch künftig nicht von gefährlichen Spekulationen. Wenn die Risiken nicht begrenzt werden, „ist diese Einlagensicherung nur Schmierseife für eine kräftige Verfilzung der Kreditwirtschaft“ (Stützel). Bankpleiten würden also nicht verhindert, ihre Folgen lediglich auf die Kunden der noch gesunden Institute umverteilt.

Vor allem die Bonner Amtsjuristen wollten wenigstens, daß die Regierung daran nicht allzu offensichtlich mitschuldig wird. Sie lehnten es kategorisch ab, den Sicherungsfonds durch gesetzlich befohlene Mitgliedschaft zu einer staatlichen Veranstaltung zu machen. Denn die Rechtsgelehrten fürchteten, daß dann auch etwa die Arzneimittelhersteller für Fälle wie die Contergan-Katastrophe jede Haftung auf einen vom Staat eingerichteten Solidarfonds abwälzen könnten. „Dann gäbe es“, so klagte ein Vogel-Helfer, „kein Halten mehr.“ Überall in der Wirtschaft würde bald die Gefährdungshaftung sozialisiert, das Wagnis würde zur Fiktion.

Bei ihrem Treffen mit Regierungsvertretern verzichteten die Bankiers deshalb am vergangenen Donnerstag gleich freiwillig auf die gesetzlich festgelegte Zugehörigkeit zum Fonds. Dankbar sagten daraufhin die Regierungsvertreter außer Steuerfreiheit für den Fonds auch noch zu, daß Wirtschaftsminister Hans Friderichs den Bankiers, falls ihr Sicherungsverein in den Verdacht gerate, ein (verbotenes) Kartell zu sein, aus der Klemme helfen wolle. Friderichs, so versprochen seine Beamten, würde dann einfach dieses Kartell als „volkswirtschaftlich wertvoll“ deklarieren und genehmigen.

Zu der „Patenonkel-Rolle“ (Stützel) für ein möglicherweise wettbewerbsbeschränkendes Kartell fühlte sich die Bundesregierung fast gezwungen. Seit im vergangenen Jahr das Bankhaus Herstatt und ein Dutzend weitere Institute in den Strudel geraten waren, hatte der für das Kreditgewerbe zuständige Bundesfinanzminister Hans Apel ständig versprochen, er werde bald für einen besseren Schutz gegen Bankpleiten sorgen.

Doch das Vorhaben Apels, die Gefahr von Bankpleiten vor allem durch Änderung des Kreditwesengesetzes einzudämmen, scheiterte bisher am Widerstand der Bundesländer. Um die Kreditinstitute krisenfester und damit die Sparkonten sicherer zu machen,

wollte Apel jene Bankgeschäfte einschränken, die bei fast allen Konkursen der Vergangenheit Ursache des Sturzes waren: die Großkredite, also jene Einzel-Engagements, die 15 Prozent des Eigenkapitals einer Bank überschreiten. Ein einzelner Großkredit sollte laut Apel-Plan künftig 75 Prozent des haftenden Eigenkapitals einer Bank nicht mehr übersteigen, alle Großkredite zusammen sollten höchstens sechsmal größer sein dürfen als das Eigenkapital des Instituts.

Der Bundesrat jedoch lehnte mit nur einer Gegenstimme (Hessen) Apels Vorschlag ab, diese Engagements, die etwa bei der Hessischen Landesbank zu einem Verlust von 1,8 Milliarden Mark geführt hatten, auch nur ein bißchen einzuschränken. Für den Widerstand der Länder sorgten die Sparkassen und großen Girozentralen, deren guter Kontakt zu den Landesregierungen

VOLKSWAGEN

Bauen kann jeder

Mit einem Kooperationsangebot will die Lastwagenfirma MAN dem notleidenden VW-Konzern beistehen. Doch die Chancen stehen schlecht.

Für VW-Aufsichtsratschef Hans Birnbaum sind es „noch nicht gefangene Fische“, Vorstandsvorsitzender Toni Schmücker „kann darüber nichts sagen“. Nur der Dritte im neuesten Volkswagen-Krisenhandel, MAN-Topmann Hans Moll, will es wissen: „Wir wollen den Wolfsburgern auf die Sprünge helfen.“

Schon Anfang April hatten die Lastwagenbauer aus Augsburg dem fußlahmen Pkw-Riesen ihr überraschendes Angebot gemacht: Eine Kooperation



Audi-NSU-Werk in Neckarsulm: Autos für die Bundeswehr?

„noch allemal funktioniert“ (Sparkassenpräsident Helmut Geiger). Derzeit haben die Girozentralen mehr als das Achtfache ihres haftenden Kapitals an Großkunden verliehen.

Da sich die Länder — und auch die Freidemokraten in Bonn — bislang weigern, den Kreditinstituten jene Beschränkungen aufzuerlegen, die in den meisten anderen Industrieländern seit langem Usus sind, blieb nur eine dritt-rangige Lösung übrig: Statt die Gefahr einer Pleite zu mindern, werden lediglich die Folgen ein wenig gelindert. Rund 50 Millionen Mark werden künftig alljährlich für die gefährdeten Sparkunden zurückgelegt. Das aber ist zu wenig, um die Folgen einer Pleite von der Größenordnung des Herstatt-Konkurses abzufangen.

Doch Herstatt-Fälle, so behauptet Bankenverband-Geschäftsführer Cammann, „gibt es nur alle 40 Jahre“ — ein schwacher Trost für jene, die dabei waren.

der beiden Unternehmen mildere die insbesondere wegen des miserablen VW-Auslandsgeschäftes fällige Schrumpfkur des einst größten deutschen Konzerns. Im unterbeschäftigten Werk Neckarsulm der Volkswagen-Tochter Audi NSU, wo Schmücker 4700 Arbeitsplätze streichen wollte, könnten Niedersachsen und Bayern groß in das zukunftssträchtige Geschäft mit mittelschweren Brummern einsteigen. Moll: „Da liegt die einzige Chance für ein Wachstum der Autoindustrie.“

Wachstumsträchtig verspricht der Vorschlag vor allem für die zum Maschinenbau-Konzern Gutehoffnungshütte (GHH) gehörende Lkw-Firma zu werden. Seit Jahren schon wird ein breiter Teil des Marktes von den MAN-Verkäufern kaum bedient: Anders als Europas Marktführer Daimler-Benz und die ausländische Konkurrenz (British Leyland, Fiat und Renault-Saviem-Berliet) hat das Augsburger-Programm unten herum bisher nur schwer Verkäufliches zu bieten: Klein-